

Inhalt (mit Verlinkung)

Was bedeutet das Scheitern der TVÖD Verhandlungen?	1
Keine Einigung ohne nachhaltigen Inflationsausgleich – Tarifverhandlungen für öffentlichen Dienst gescheitert.....	3
vbob demonstriert in Bonn - Gehlen fordert stark verbessertes Angebot der Arbeitgeber	4
Große vbob Beteiligung bei Berlin-Demo „In der dritten Tarifrunde müssen die Arbeitgeber deutlich nachlegen“	6
Warnstreikaktion zur EKR - vbob auch in Koblenz dabei	7
Weltfrauentag 2023 - Gleichberechtigung zentrales Anliegen gewerkschaftlicher Arbeit	8
vbob streikt weiter - Großdemo in Kiel „Uns gibt es nicht zum Nulltarif“	9

vbob aktuell vom 30.03.2023

Was bedeutet das Scheitern der TVÖD Verhandlungen?



Was ist passiert?

Die Arbeitgeber von Bund und Kommunen, vertreten durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (für ihre rund 135.000 Beschäftigten) und die VKA Präsidentin Karin Welge (als Vertreterin für die über 10.000 Kommunen in Deutschland mit knapp 2,3 Mio.



Beschäftigten), haben in Potsdam bei der dritten Verhandlungsrunde vom 27. bis 30. März 2023 auch nach über 100 Verhandlungsstunden kein ausreichendes Angebot zustande gebracht.

„Hier gab es nichts anzunehmen, weil nichts Verhandelbares angeboten wurde, was auch nur ansatzweise zu den Leistungen der Beschäftigten und den objektiven Rahmenbedingungen passt. Die Aufgabe des dbb ist es, dafür zu sorgen, dass die finanziellen Verschlechterungen aufgrund der erheblich gestiegenen Lebenshaltungskosten aufgefangen und weitere Eingriffe in bestehende Regelungen verhindert werden, damit Beschäftigte und Beamtinnen und Beamte ein akzeptables Auskommen haben. Wir sind keine Steigbügelhalter für massive Reallohnverluste!“, bringt der dbb Fachvorstand Beamtenpolitik Friedhelm Schäfer seinen Unmut auf den Punkt. „Was sollen denn die ganzen zeit- und kraftraubenden Runden, wenn seitens der Arbeitgeber keine ernsthafte Wahrnehmung der Lebenswirklichkeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst stattfindet. So geht man mit seinem Personal nicht um!“, bringt Schäfer seine Enttäuschung zum Ausdruck.



Unsere Forderung bleibt eindeutig und konzentriert: Ausgleich von realen Einkommensverlusten für die Beschäftigten sowie Beamtinnen und Beamten einschließlich der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes. Zudem müssen endlich die Sonderbelastung bei der regelmäßigen Arbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten des Bundes durch die 41 Stundenwoche zurückgeführt werden.

Was jetzt?

Mit dem förmlichen Scheitern der Tarifverhandlungen zum TVöD ist der Weg für das Schlichtungsverfahren eröffnet bzw. kann durch die Tarifvertragsparteien angerufen werden. Das hat Bundesinnenministerin Faeser bereits angekündigt. Das Schlichtungsverfahren wird von einer Schlichtungskommission durchgeführt und ist ein zwischen den Tarifparteien ausgehandeltes besonderes Verfahren unter Einbindung von dritten Personen, den sog. Schlichtern. Für diese Tarifverhandlungen wurden im Vorfeld für die Arbeitgeberseite der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen Georg Milbradt und für die Arbeitnehmerseite Henning Lühr benannt. Diese sollen zusammen mit zwölf Vertretern jeder Seite als Schlichtungskommission eine Einigungsempfehlung erarbeiten.



Bei einer Pattsituation hat der „Hauptschlichter“ das letzte Wort. In der aktuellen Einkommensrunde ist dies der Arbeitnehmerschlichter. Abschließend sind die Tarifverhandlungen mit dem Ziel der Einigung wiederaufzunehmen. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite müssen sodann in ihren Lagern abstimmen, ob sie die Einigungsempfehlung annehmen. Abhängig von der Anrufung startet ein Fristenplan, der nach erster Einschätzung einen Vorschlag der Schlichter erst zum Ende der Osterferien erwarten lässt. Bis dahin gilt Friedenspflicht, das heißt, die beteiligten Gewerkschaften dürfen nicht zu Streikmaßnahmen aufrufen.

Danach wird der Vorschlag der Schlichter zwischen den Vertragsparteien weiterverhandelt. Wird dieser angenommen gibt es ein Ergebnis der Tarifverhandlungen, wenn nicht, folgt der Aufruf zur Urabstimmung für unbefristete Streiks.

Zusammenhalt ist Zukunft – Mitglied werden!

Der vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte vertritt die Interessen von Tarifbeschäftigten sowie Beamtinnen und Beamten in der Bundesverwaltung. Jedes Mitglied stärkt die Solidargemeinschaft und zeigt den Arbeitgebern, dass die Beschäftigten ihr Recht auf Mitsprache und gute Bezahlung für gute Arbeit einfordern.

Fotos: vbob, Anne Hoffmann, Jan Brenner, Friedhelm Windmüller

vbob aktuell vom 30.03.2023

Einkommensrunde Bund und Kommunen

Keine Einigung ohne nachhaltigen Inflationsausgleich – Tarifverhandlungen für öffentlichen Dienst gescheitert



„Die Arbeitgebenden haben es nicht verstanden“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach nach dem Abbruch der dritten Verhandlungsrunde mit Bund und Kommunen am 30. März 2023 in Potsdam.

„Bund und Kommunen respektieren die Sorgen und Nöte ihrer Beschäftigten nicht. Und sie schätzen Frustration und

Entschlossenheit der Kolleginnen und Kollegen falsch ein. Nur so ist zu erklären, dass sie uns hier wieder kein wirklich verbessertes Angebot vorgelegt haben. Das war zu wenig Bewegung in den wichtigen materiellen Fragen. Wir müssen Reallohnverluste verhindern



und brauchen einen nachhaltigen Inflationsausgleich. Das war von Anfang an klar. Nach jetzigem Stand der Dinge sind die Arbeitgebenden dazu nicht bereit. Die Verhandlungen sind damit gescheitert. Jetzt stehen Schlichtung oder Urabstimmung und Vollstreik im Raum. Wir haben in den letzten Wochen gezeigt, dass wir kampfbereit sind, wenn es sein muss“, machte Silberbach deutlich.

Sollte es zum Vollstreik kommen, seien hierfür allein der Bund und die kommunalen Arbeitgebenden verantwortlich. Silberbach: „Wir haben in den Verhandlungen viele Runden gedreht und sind überhaupt nicht vorangekommen. Also müssen wir jetzt den Druck nochmal erhöhen und die Urabstimmung einleiten. Wenn Bund und Kommunen die Schlichtung anrufen, werden wir uns natürlich konstruktiv beteiligen. Wenn nicht, kann es ab Ende April überall im Land zu umfassenden Streikmaßnahmen im öffentlichen Dienst kommen. Ich bin überzeugt, der Ärger der Kolleginnen und Kollegen über die Ignoranz der Arbeitgebenden wird zu einer hohen Beteiligung bei der Urabstimmung und zu einer großen Streikbereitschaft führen. Leidtragende sind alle – Beschäftigte genauso wie Bürgerinnen und Bürger.“

vbob aktuell vom 24.03.2023

vbob demonstriert in Bonn -

Gehlen fordert stark verbessertes Angebot der Arbeitgeber



Vor Beginn der dritten Runde der Tarifverhandlungen am kommenden Montag in Potsdam hat der vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte zur Kundgebung nach Bonn aufgerufen.

Über 200 Mitglieder zeigten auf dem Friedensplatz, dass Schluss sein muss mit hohlen Phrasen und leeren Versprechungen. Bundesvorsitzender Frank Gehlen ermahnte die Verhandlungsführer von Bund und Kommunen, ein deutlich verbessertes Angebot vorzulegen und ihrer oft geäußerten Wertschätzung endlich klare Signale folgen zu lassen. Die Beschäftigten könnten nicht mehr hören, wie wertvoll ihre Arbeit ist und gleichzeitig fehle ein auskömmlicher Verdienst. Schluss sein muss mit der Taktiererei der Arbeitgeber. 10,5 %, mindestens 500 Euro im Monat mehr, das sei die berechnete Forderung der Gewerkschaften, das sichere die Bezahlung von Mieten, gestiegenen Lebenshaltungs- und Energiekosten. Gleichzeitig erwarte er die Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten und zwar ohne zusätzliche Abzüge.





Für die Interessen der Jugend sprach Jennifer Thiel, die Vorsitzende der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Es sei völlig skurril in der Zeit fehlender Fachkräfte in der Verwaltung nicht über die unbefristete Übernahme der fertig ausgebildeten jungen Menschen zu sprechen. Was sei denn an einer Ausbildung im öffentlichen Dienst noch attraktiv, wenn man zu Beginn schon weiß, dass eine Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung nicht sicher sei. Das bieten andere Arbeitgeber heute verbindlich, da verliert der öffentliche Dienst Glaubwürdigkeit und Interessierte. 200 Euro mehr für Auszubildende laute die berechnete Forderung, die es jetzt durchzusetzen gilt, auch Auszubildende müssen ihren Lebensunterhalt von der Ausbildungsvergütung bestreiten können.



Foto: Dondon Gigantone / stock.adobe.com



vbob aktuell vom 22.03.2023

Große vbob Beteiligung bei Berlin-Demo

„In der dritten Tarifrunde müssen die Arbeitgeber deutlich nachlegen“



Foto: Frank Gehlen

Heute trafen sich die dbb-Mitgliedsgewerkschaften zu einer Großdemonstration in Berlin. Mit dabei war eine große Abordnung des vbob. Bundesvorsitzender Frank Gehlen begrüßte die vbobler und freute sich über deren starke Beteiligung.

Tarifchef Volker Geyer informierte in seiner Rede die Demonstranten unter lautem Pfeifen über das Mogelpackungs-Angebot der Arbeitgeberseite aus der zweiten Verhandlungsrunde und schwor die Gewerkschaftsmitglieder auf eine harte weitere Runde bei den Tarifverhandlungen in Potsdam ein.

Die Wertschätzung könne sich die Bundesinnenministerin schenken, wenn sie dieser gemeinsam mit der Vorsitzenden der kommunalen Arbeitgeber so jämmerliche Vorschläge folgen lasse. Die Beschäftigten haben nach dem jahrelangen Reallohnverlust ein Recht auf eine faire Bezahlung.

Nach den weiteren Reden brachen die Gewerkschafter auf um von der Friedrichstrasse über Unter den Linden zum Bundesinnenministerium in Alt-Moabit zu gehen.

Dort forderte dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach die Arbeitgeberseite auf, endlich Schluss mit den Sonntagsreden zu machen und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ein Angebot vorzulegen, welches die Lebenshaltungskosten deckt und für die gute Arbeit angemessen ist.



vbob Homepage vom 22.03.2023

Warnstreikaktion zur EKR - vbob auch in Koblenz dabei



Am 21.03.2023 haben sich ca. 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachgewerkschaften des dbb in Koblenz zusammengetan. Auch das Regenwetter hielt uns nicht von einem Demonstrationszug und einer anschließenden Kundgebung auf dem Jesuitenplatz ab.

Neben unseren vbob Mitgliedern waren u.a. auch die komba, der VAB, VBB, DPoIG, DSTG und VDStRa vertreten.

Die Vorsitzende des dbb Landesbund Rheinland-Pfalz, Frau Lilli Lenz, berichtete aus den Verhandlungsrunden und machte deutlich, dass eine Mogelpackung - wie jüngst durch die Arbeitgeberseite vorgelegt - mit dem dbb nicht zu machen ist. Weitere Redebeiträge folgten, z. B. von Beschäftigten des städtischen Klinikums Koblenz, welche den Anwesenden die hohen Belastungen ihrer täglichen Arbeit schilderten.

Alle vertretenen Gewerkschaften waren sich einig, dass unsere Forderungen berechtigt sind und die Arbeitgeberseite sich zukünftige Mogelpackungen sparen kann.



vbob Homepage vom 08.03.2023

Weltfrauentag 2023 -

Gleichberechtigung zentrales Anliegen gewerkschaftlicher Arbeit



Die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte setzt sich seit ihrer Gründung für die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ein. Dabei konnten manche Ungleichbehandlungen bei der Beschäftigung in der Bundesverwaltung in den letzten Jahren im Rahmen von Tarifverträgen, dienstrechtlichen Regelungen oder auch Dienstvereinbarungen bereits vermieden werden.

Dennoch gilt es an diesem Tage auch, sich bewusst zu machen, an welchen Stellen auch in der Bundesverwaltung noch Potential liegt, die einzelnen Bereiche der Gleichberechtigung näher zu beleuchten. Seien es beispielsweise Fragen der Beurteilungsrichtlinien, der Vereinbarkeit, der Sorgearbeit oder auch der Führung, es gibt neben den großen gesellschaftlichen Debatten auch weiterhin genügend Arbeit im diesbezüglichen Bereich in der Bundesverwaltung. Diesem Anspruch trägt auch die Diskussion in unseren Fachgruppen Rechnung, die dem paritätisch besetzten Bundesvorstand auch aus Anlass des Bundesvertretertages 2022 entsprechende Aufgaben durch Anträge mitgegeben haben. Diese Ziele verfolgen wir weiterhin, dabei helfen uns die vielen Mandatsträgerinnen des vbob besonders. Dafür sagen wir heute danke und gratulieren den vielen Engagierten zum Weltfrauentag!

Wir begrüßen es daher auch, dass es seit kurzem seitens des Bundesarbeitsgerichtes ein klares Urteil gibt, dass es bei gleicher Arbeit auch einen Anspruch auf gleiche Bezahlung gibt und gleiche Bezahlung nicht Ergebnis von Verhandlungen zwischen der Arbeitgeberin und der Arbeitnehmerin ist.



vbob aktuell vom 03.03.2023

vbob streikt weiter - Großdemo in Kiel „Uns gibt es nicht zum Nulltarif“



Am 2. März streikten etwa 90 Beschäftigte der Fachgruppe vbob im Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) in Kiel. Dem Aufruf zu einem ganztägigen Warnstreik folgten mehr als 1000 im öffentlichen Dienst tätige Menschen verschiedener Fachgewerkschaften des dbb beamtenbund und tarifunion aus ganz Schleswig-Holstein.

Im positiven Sinne überrascht zeigte sich die Streikleiterin des KBA, Judith Kelch von der hohen Beteiligung. Etwa doppelt so viele vbob Mitglieder wie sonst üblich waren per Bus und sogar mit eigenen Fahrzeugen nach Kiel gereist, um an der Aktion teilzunehmen - ein klares Signal für eine hohe Streikbereitschaft und den Unmut über die Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst. Auch in Flensburg ist zu spüren, dass derzeit bundesweit - mit steigender Tendenz – etwa 360.000 Beschäftigte fehlen und die anwesenden Kolleginnen und Kollegen seit vielen Jahren die anfallenden Aufgaben mit zu erledigen haben.

Nach einem Demonstrationmarsch durch die Landeshauptstadt trafen die Protestierenden zu einer Kundgebung auf dem Kieler Rathausplatz ein, wo u.a. der Landesvorsitzende des dbb, Kai Tellkamp sowie der stellvertretende Bundesvorsitzende Andreas Hemsing über die Hintergründe für die Zurückweisung des von den Arbeitgebern vorgelegten Angebots sprachen. In der anstehenden dritten und letzten Verhandlungsrunde wird ein ernsthaftes Angebot der Arbeitgeberseite erwartet, das deutlich über dem vom dbb-Vorsitzenden Ulrich Silberbach - zurecht als Mogelpackung bezeichneten - liegt.

Sollte es zu keiner Einigung kommen, drohen dem öffentlichen Dienst unbefristete Streiks. Von den Anwesenden erteten sie dafür lautstarke Unterstützung.

